

# GGG

# Gesamtschul-Kontakte

Vierteljahres-Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband  
29. (37.) Jahrgang · 1. Juni 2006 · H 2395 ISSN 1431-8075

## Wie ein bunter Strauß Sommerblumen ...

stellte sich die Fachtagung der „Initiative länger gemeinsam lernen“ am 28. und 29. April in Hannover dar – blühend, frisch, farbenfroh, verschiedenartig – aber zusammengehalten durch das Band „Länger gemeinsam lernen“. Eine Vielfalt wie sie in

dem von Martina Schmerl gestaltetem Tagungs-Logo zum Ausdruck kommt.

Eingefunden zur gemeinsamen inhaltlichen Arbeit hatten sich 44 Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen Mitgliedsverbänden, inzwischen sind es 14 an der Zahl, die der Initiative jetzt schon angehören.

Die Tagung sollte zunächst zur Selbstverständigung und Selbstvergewisserung dienen, um auf dieser Grundlage dann Strategien und Arbeitsvorschläge zur weiteren Verbreitung und Umsetzung der PISA-Lupe zu entwickeln.

Als Referenten konnten Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz von der TU Berlin und Prof. Dr. Klaus Klemm von der Universität in Dortmund gewonnen werden.

Die Moderation und Leitung der Tagung lag in den Händen von Ingrid Wenzler (GGG) und Peter Heyer (Grundschulverband), die organisatorische Abwicklung der Tagung lag in den Händen des Grundschulverbands.

Einen ersten kurzen Tagungsbericht mit Bildimpressionen hat Wolfgang Vogel zusammengestellt.

Seite 3



### Neue Menschen – neue Perspektiven?

Seit dem 1. Dezember 2005 ist sie offiziell im Amt, die neue Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan. Was haben wir, speziell in den Gesamtschulen, von ihr zu erwarten? Eine prognostische Antwort von Ursula Helmke

Seite 4

### Zur Umsetzung der Bildungsstandards

Die in der letzten Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte angekündigte neue Serie „Zur Umsetzung der Bildungsstandards in den Bundesländern“ beginnt im kleinsten Bundesland, dem Saarland. Eine ausführliche Analyse von Klaus Winkel.

Seite 8ff

### Es geht doch ohne äußere Differenzierung

In der Reihe „Beispielhafte Projekte“ berichtet Rainald Königs von den Erfahrungen der Gesamtschule Friedenstal in Herford. Sie befasst sich seit dem Schuljahr 2003-2004 mit Schritten zur Überwindung der äußeren Fachleistungsdifferenzierung.

Seite 11

### „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern ...“

Die spektakuläre Aktion des Kollegiums der Rütli-Hauptschule in Berlin rief und ruft weiterhin Kommentatoren aller Richtungen auf den Plan – da wollen die Gesamtschul-Kontakte nicht nachstehen. Der Kommentar von Ursula Helmke.

Seite 20

## Inhalt

### Bildungs-Politik

- Wie ein bunter Strauß Sommerblumen 3  
 Neue Menschen –neue Perspektiven 4

### GGG Aktuell

- Gespräch des BV mit dem BMBF fortgesetzt 5  
 Anmelderrunde wieder erfolgreich 5  
 Die Anmeldezahlen sprengen die Aufnahmekapazitäten 6  
 Impressionen aus Göttingen-Geismar 7  
 GGG und GEW im Gespräch 7

### Serie

- Zur Umsetzung der Bildungsstandards Zum Beispiel: Saarland 8

### Beispielhafte Projekte

- Es geht doch ohne äußere Differenzierung 11

### GGG aktuell

- Pansdo...r...atekau 12  
 Elternwunsch für IGS Nieder-Olm 13  
 Fest für gelungene Schulkooperation 13

### Aus den Ländern

- 14

### GGG intern

- Dr. Christa Lohmann wird 70 19  
 Wir trauern um Günter Kreiner 19

### Kommentar

- 20

## Impressum

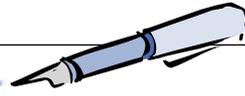
**Heft 2/2006 vom 1. Juni 2006**

**ISSN 1431-8075**

### Gesamtschul-Kontakte

29. (37.) Jahrgang  
 Herausgeber: Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband  
 Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)  
 Evenaristraße 46, 64293 Darmstadt,  
 E-Mail: kontakte@ggg-bund.de  
 Vertrieb: GGG-Geschäftsstelle, Postfach 1307, 26583 Aurich, Telefon: 04941/18777  
 E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de  
 Die Gesamtschul-Kontakte erscheinen vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 14,- (einschließlich Versand).  
 Der Einzelpreis des Heftes von € 4,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 4.400 Exemplare  
 Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH  
 Layout: Waso Koulis, Michael Hüttenberger  
 Illustration: Katja Rosenberg  
 Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.9.2006  
 Redaktionsschluss: 20.7.2006

... vorab bemerkt



### Liebe Gesamtschulfreunde und -freundinnen,

gerade eben noch vor Redaktionsschluss der zweiten Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte in diesem Jahr fand am 28. und 29. April 2006 die gemeinsame Tagung der „Initiative Länger gemeinsam lernen“ in Hannover statt. Zwar hatte der Frühling an diesem Wochenende eine Pause eingelegt, die Initiative jedoch zeigte sich davon unbeeindruckt und in voller Blüte. „Wie ein bunter Strauß“, so bezeichnete Ingrid Wenzler die Vielfalt der bei der Tagung vertretenen Verbände. Die Initiative LGL ist von besonderer Wichtigkeit für die GGG, kann es doch auf diesem Weg gelingen, das Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens über unseren Verband hinaus „gesellschaftsfähig“ zu machen. Einen ersten Bericht mit Bildimpressionen über die gemeinsame Tagung hat Wolfgang Vogel verfasst, an exponierter Stelle gleich zu Beginn dieses Heftes.

Bildungspolitisch wagt Ursula Helmke eine erste Prognose darüber, was wir, speziell in den Gesamtschulen, von der neuen Bundesbildungsministerin zu erwarten haben.

In der Rubrik „aktuell“ geht es um die Ergebnisse der alljährlichen Anmelderunden an den IGSen, um ein Gespräch des BV-Vorstandes mit dem Vertreter des BMBF und ein Treffen mit dem Bundesvorstand der GEW.

Mit seinen „Impressionen aus Göttingen-Geismar“ setzt Fritz Schmidt einen weiteren Impuls für die GGG-Aktion zur Abschaffung des in der KMK-Verenbarungen festgelegten Zwangs zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung.

Passend dazu berichtet Rainald Könings unter der Rubrik „Beispielhafte Projekte“ über die Gesamtschule Friedenstal in Herford, die seit dem Schuljahr 2003-2004 mit Schritten zur Überwindung der äußeren Differenzierung in den Fächern Englisch, Mathematik,

Deutsch und als „Physik-Schule“ im Fach Physik begonnen hat.

Die in der letzten Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte angekündigte neue Serie beginnt im Saarland. Klaus Winkel beschreibt den Stand der Umsetzung der Bildungsstandards im kleinsten Bundesland.

Bildungspolitische Nachrichten und weitere ausführlichere Berichte aus den Ländern zu Gesamtschulerfolgen und -initiativen haben natürlich auch in dieser Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte ihren festen Platz

GGG-intern gratulieren wir unserer ehemaligen Bundesvorsitzenden Christa Lohmann zu ihrem 70. Geburtstag und haben die traurige Pflicht, den Tod unseres langjährigen Bundesgeschäftsführers Günter Kreiner mitzuteilen.

Im Kommentar befasst sich Ursula Helmke mit der spektakulären Aktion des Kollegiums der Rütli-Hauptschule in Berlin und fragt sich, ob es noch eines deutlicheren Appells für die Aufnahme der verdrängten Schulstrukturdebatte bedarf.

Alle Beiträge dieser Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte gibt es natürlich wiederum im Internet (unter [www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de) und [www.gesamtschulverband.de](http://www.gesamtschulverband.de)). Auch erscheint die vollständige Ausgabe im pdf-Format, die Möglichkeit zum „downloaden“ inbegriffen.

Und nun, liebe Leserinnen und Lesern, hoffe ich, dass Sie, wenn Sie diese Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte in den Händen halten, ein wenig Zeit finden darin weiterzulesen, selbst wenn der inzwischen vielleicht schon eingetroffene Sommer Sie zu anderen Aktivitäten lockt.

Ihr  
  
 Michael Hüttenberger

## Wie ein bunter Strauß Sommerblumen ...

stellte sich die Fachtagung der „Initiative länger gemeinsam lernen“ am 28. und 29. April in Hannover dar – blühend, frisch, farbenfroh, verschiedenartig – aber zusammengehalten durch das Band „Länger gemeinsam lernen“. Eine Vielfalt wie sie in dem von Martina Schmerr gestaltetem Tagungs-Logo zum Ausdruck kommt.

Nach der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die GGG-Vorsitzende Ingrid Wenzler leitete Mitorganisator Peter Heyer vom Grundschulverband in den Tagungsablauf über: am Freitag informieren und am Samstag Aktionen planen. In seinem Einführungsreferat verdeutlichte Ulf Preuss-Lausitz den Anwesenden an ei-

nem aktuellen Beispiel die Zusammenhänge von fehlenden Leitzielen einer Schule und den fatalen Folgen. Er stellte heraus, dass eine gute Selbstanalyse aus klaren Leitzielen, eindeutigen Prüfkriterien, präziser Zeitplanung, Klarheit über den sich jeweils äußernden Personenkreis (Schüler, Eltern, Lehrer, ...) sowie einer Dokumentation der Maßnahmen und deren Bewertung besteht. Die PISA-Lupe soll dazu als Instrument dienen.

Die anschließend themengleich aber verbandsgemischt arbeitenden Gruppen tauschten ihre bisherigen Erfahrungen im Umgang mit der PISA-Lupe aus und bündelten ihre Eindrücke aus dem Impulsreferat. Hieraus ergaben sich die Fragestellungen für die Arbeitsgruppen am Samstag.

Klaus Klemm referierte am Samstagmorgen über die Erhebung von Sozialdaten, das Wie, das Wozu und den Zweck solch einer Aktion. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil fairer Schulvergleiche, weil durch Einbeziehung z.B. des Sozial- und Migrationshintergrundes einer Schülerschaft die Bewertung ihres Lernerfolges, d.h. des Erfolges einer Schule, anders ausfällt, als wenn im Ranking lediglich erreichte Punktzahlen von Vergleichstest aneinander gereiht werden.

Die themenbezogenen Arbeitsgruppen befassten sich konkreter mit Handlungsvorschlägen zum Gebrauch der PISA-Lupe, ihrem Transport in die Verbände und an die einzelnen Schulen, dem Datenproblem und dem Zusammenhang zwischen PISA-Lupe und Schulstruktur. Die in der Initiative vereinten Verbände sollten auch auf Länder- und lokaler Ebene miteinander kommunizieren. Ganz wichtig aber war auch der Hinweis: „Vergesst die Kinder nicht“.

Übereinstimmend wurde festgestellt, die Entwicklung eines Leitfadens für den Umgang mit der PISA-Lupe sowie die Schulung von Moderatoren die nächsten Aufgabe für die Initiative „Länger gemeinsam lernen“ darstellen, wenn sie kein „Papiertiger“ bleiben soll. ♦

*Wolfgang Vogel*



*Aufmerksam folgen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Plenums ...*



*... und die Tagungsleiter den Ausführungen von Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz*

## Neue Menschen – neue Perspektiven?

von Ursula Helmke

Seit dem 1. Dezember 2005 ist sie offiziell im Amt, die neue Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan. Was haben wir, speziell in den Gesamtschulen, von ihr zu erwarten?

Einer Bildungsministerin aus Baden-Württemberg mit christlich-theologischer Vergangenheit und CDU-Parteibuch nähern sich Gesamtschulmensen zunächst mit einer gewissen Zurückhaltung, die verstärkt wird durch die bisherigen Aktivitäten des „Ländle“ zu den Themen Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse, geschärfte



Dr. Annette Schavan,  
Bundesministerin  
für Bildung und  
Forschung

Profile der hierarchischen Bildungsgänge und allgemeingültige Abschluss-Standards für die verschiedenen Bildungsgänge – und die Ablehnung der Gesamtschule. Einer stets erkennbar konservativen, christdemokratischen Prägung war dabei das ehrliche Bemühen um Bildungsgerechtigkeit und Förderung aller Schülerinnen und Schüler nicht abzuspüren, wie auch die PISA-Ergebnisse ihres bisherigen Tätigkeitsbereichs zeigen. Offensichtlich kamen die individuellen Eigenschaften von Frau Dr. Schavan, Tatkraft, Durchsetzungswillen und Findigkeit, dem Werbeslogan ihres Heimatlandes: „Wir können alles – außer Deutsch“ entgegen, womöglich ergänzt um den Zusatz „und zwar als Erste“. Aber Deutsch kann sie hervorragend, sogar dialektfrei. Prägnantes Beispiel für ihren Gestaltungswillen ist die Entwicklung neuerer Bildungsstandards, die in Baden-Württem-

berg begonnen wurde, als noch kaum die PISA-Ergebnisse ihre hohen Wellen schlugen, noch keine Expertise in Auftrag gegeben war, kein Beschluss der Kultusministerkonferenz gefasst war. Dass sich die übrigen CDU-Bildungsminister der Länder dieser (Steil-) Vorlage unisono anschlossen, war konsequent. Und so kommt es, dass die vorliegenden nationalen Standards unverkennbar an diesem Vorbild ausgerichtet sind.

Die Rede von Frau Schavan anlässlich der „Regierungserklärung zu Bildung und Forschung“ am 1. Dezember 2005\* ist denkbar schlicht gehalten. Deutschland soll zur „international anerkannten Talentschmiede“ entwickelt werden; eine ergänzende Beschlussfassung zur Hochbegabtenförderung mit angemessenen Stipendien wurde schon zu Ostern veröffentlicht. Aber auch die Ausschöpfung aller Begabungspotenziale bei neuer sozialer Bildungs- und Zukunftsgerechtigkeit steht auf dem Programm. Zusammengefasst: „Mehr Geld, mehr Freiheit, mehr Chancen für Bildung und Forschung“ – alles neu!. Die folgenden 4 der fünfzehn Seiten umfassenden Erklärung befassen sich mit den Zielen von Forschung und Wissenschaft. – Und wo bleibt die Bildung, konkret?

Das „Land der neuen Möglichkeiten“ (Zitat Schavan) mit „bessere(n) Chancen für alle“ geht einem weiterentwickelten „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ entgegen, es wird die „Reformen der Berufsausbildung vorantreiben“ und die duale Ausbildung als „Herzstück der beruflichen Bildung“ pflegen. Schön, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, die Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand werden es zu schätzen wissen. Aber sind damit die nötigen Impulse zur Verbesserung der Bildungssituation Jugendlicher insgesamt auf dem Weg in die Wissens- und Informationsgesellschaft gemeint? Alles wie bisher, nur besser?

Gewiss ist diese erste Einlassung im Kontext der bevorstehenden Föderalismusre-

form zu sehen, die Verteilung der Gewichte in der Regierungserklärung kann auch so verstanden werden. Schwerpunkte der neuen Ministerin werden Forschung und Wissenschaft sein, die „Talentschmiede“ beginnt bei Schnupperstudien von Hochbegabten, die restliche Bildung ist Ländersache, immerhin mit weiterer Unterstützung des Programms für den Ausbau von Ganztagschulen. Das bedeutet aber auch: Den Instituten und Fakultäten der Bildungsforschung und Begleitung der internationalen Bildungsstudien gilt die Aufmerksamkeit der Ministerin, der Umsetzung und Begleitung der Bildungsstandards durch das Institut für Qualität in der Bildung (IQB) ebenso. Auf dessen erste Veröffentlichungen hinsichtlich der Weiterentwicklung der bislang z.T. unzulänglichen sogenannten Bildungsstandards und konkretisierende, wissenschaftlich unterstützte Musteraufgaben darf man gespannt sein. Wir werden die Arbeitsweise des Instituts unter dem Einfluss der neuen Ministerin sorgfältig begleiten müssen.

Die mit einer ersten Ausgabe begonnene nationale Bildungs-Berichterstattung soll fortgesetzt werden. Der Beginn ist noch unter E. Bulmahn gelungen. Jedoch mit Berichten allein dürfte es nicht sein Bewenden haben. Bei dem erkennbaren Funktionsverständnis der Bundesbildungsministerin drängt sich die Forderung nach einem nationalen Bildungsrat erneut und verstärkt auf. Denn der Kultusministerkonferenz (KMK) als föderalem Steuerungsinstrument kann man im Lichte der divergierenden Interessen und Glaubensbekenntnisse unter den Ländervertretern nur wenig Vertrauen schenken. Wünschenswert, ja notwendig wäre ein vertrauenswürdiges und ausgewiesenes kompetentes Gremium, das die sich häufenden empirischen Daten sachgerecht zu lesen und zu interpretieren versteht. Es müsste wissenschaftlich und politisch integer die Basis für eine notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung über unser zukünftiges Bildungssystem erarbeiten, denn ohne fundierten Diskurs auch über die tabuisierte Struktur unseres Schulsystems bleibt alle Bemühung um Qualitätsverbesserung und gerechte Bildungsteilnahme Stückwerk. ♦

## GGG-Kontakte mit dem Bundesbildungsministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBF) fortgesetzt

(iw) Klaus-Dieter Harder, Wolfgang Vogel und Ingrid Wenzler aus dem Bundesvorstand der GGG trafen sich am 24.3.06 zu einem zweistündigen, intensiven Meinungsaustausch mit dem Leiter der Unterabteilung Bildungsreform, Herrn Koch, im Bundesbildungsministerium (BMBF). Vorausgegangen war ein Briefwechsel mit der Bundesbildungsministerin, Frau Schavan, in dem dieses Gespräch vereinbart wurde.

In Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit sollte es insbesondere um das Ganztagschulprogramm und die Nutzung der Erfahrungen der Gesamtschulen gehen sowie um die im Koalitionsvertrag vereinbarte Verbesserung der Chancengleichheit im Schulsystem. Herr Koch erläuterte die Schwerpunkte der bildungspolitischen Aktivitäten der neuen Bundesregierung, die Möglichkeiten des BMBF im aktuellen Konzept der Föderalismusreform und das Ganztagschulprogramm. Schwerpunkte werden die Bildungsforschung und die entsprechende Bildungsberichterstattung sein, die eine neue Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern werden soll. Im Bereich der Ganztagschulen werden die

großen Ganztagschulkongresse weitergeführt. Der nächste Kongress findet am 22./23.9.06 in Berlin statt, unglücklicherweise parallel zum Norddeutschen Kongress der GGG.

Zu allen Themen gab es einen regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch, in dessen Verlauf die GGG vielfache Erfahrungen und Anregungen einbringen konnte sowie Bedürfnisse der Schulpraxis erläutern konnte. Das beidseitig als produktiv eingeschätzte Gespräch soll weitergeführt werden.

Übrigens: Am 2.5.05 wurden die Sieger des dritten bundesweiten Wettbewerbs „Zeigt her eure Schulen“ ausgezeichnet. Das BMBF und die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) veranstalten diesen Wettbewerb. Auch in diesem Jahr sind wieder zwei Gesamtschulen ganz vorn dabei: Erstplatziert ist die Gesamtschule des Saarpfalz-Kreises in Bexbach (Saarland). Die Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim (Niedersachsen) gehört zu den 8 weiteren Preisträgern. Die GGG gratuliert beiden Gesamtschulen herzlich. ♦



Hans Konrad Koch (BMBF) und Ingrid Wenzler (GGG) im Gespräch

## Anmelderunde auch in 2006 wieder sehr erfolgreich für die Gesamtschule

(iw) Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind seit Jahren die Bundesländer mit den höchsten Überhängen an Gesamtschulanmeldungen – oder auch: mit der geringsten Gesamtschulkapazität im Verhältnis zur Nachfrage. Während in Schleswig-Holstein wieder nur rund 50 % der angemeldeten Kinder aufgenommen werden können, sind dies in der Geschwister-Prenski-Gesamtschule in Lübeck weniger als ein Drittel der 450 Anmeldungen!

In NRW finden rund 14.000 Kinder keinen Platz an einer der 217 Gesamtschulen. Von den angemeldeten über 44.000 Kindern konnten nur rund 30.000 aufgenommen werden. Landesweit sind dies etwa 24 % der Kinder des 4. Jahrgangs, während der Anteil der Gesamtschulanmeldungen in vielen Städten bei 40 % und höher liegt. Das Elternrecht auf die Schulform der Wahl wird auch unter der neuen Landesregierung mit Füßen getreten. Von Neugründung ist keine Rede.

In Rheinland-Pfalz gibt es immerhin an zwei Orten Initiativen der Schulträger zur Neugründung von Gesamtschulen in 2007, in Worms und in Nieder-Olm. Bei einer erneuten Steigerung der Anmeldezahlen auf über 3.700 müssen rund 1.500 Kinder abgewiesen werden, das sind knapp 40 %.

Aus weiteren Bundesländern liegen bisher die Angaben von Einzelschulen vor, die diese Trends bestätigen. Eine Gesamtübersicht ist im Juni auf der Internetseite: [www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de) einzusehen. ♦

## Die Anmeldezahlen sprengen die Aufnahmekapazitäten der vorhandenen Gesamtschulen

von Klaus-Dieter Harder

Auch in diesem Jahr sind die Anmeldezahlen höher als die zur Verfügung stehenden Gesamtschulplätze. Deshalb mussten fast die Hälfte der Schüler/innen abgelehnt werden. Eine traurige Bilanz und erschütternde Tatsache.

Ich habe drei Kinder, wobei zwei die Gesamtschule mit dem Abitur verlassen haben. Meine jüngste Tochter wechselt jetzt in die Oberstufe. Ich erinnere mich noch an die Ungewissheit vor der Aufnahme und den Stress bei den Formalitäten. Die Anspannung war riesig, denn auch damals lagen die Anmeldungen deutlich über der Aufnahmekapazität. Allen fiel ein Stein vom Herz und die Freude über den Platz war groß, als endlich die Zusage per Post eintraf.

Wie ergeht es jedoch den Schülerinnen und Schülern, die nicht den erhofften Platz erhalten haben, was empfinden diese? Wie fühlen sie sich? Wie groß ist die Enttäuschung plötzlich nicht mehr mit der besten Freundin oder dem besten Freund gemeinsam im neuen Schuljahr die Schule zu besuchen? Ist dies wirklich gerecht?

Wie sehen die Eltern/Erziehungsberechtigten diese Entscheidung? Ihre Hoffnung ihr Kind kommt an eine Schule in der das gemeinsame Lernen im Vordergrund steht und ein wichtiger Ansatz des Unterrichts und des Lernens ist, als die frühe Ausgrenzung = Selektion. Ihre Enttäuschung schlägt vermutlich um in Neid, Wut und Hass gegen die Gesamtschule. Plötzlich ist diese Schulart für alles verantwortlich, was ihrem Kind in seiner Schullaufbahn misslingt. Die Gesamtschule ist schuld, denn sie hätte mein Kind ja aufnehmen müssen. Diese Haltung ist für viele Eltern/Erziehungsberechtigte die einzig wahre und erklärbare Lösung.

Sehen Eltern/Erziehungsberechtigte in diesem Moment wirklich auch andere As-

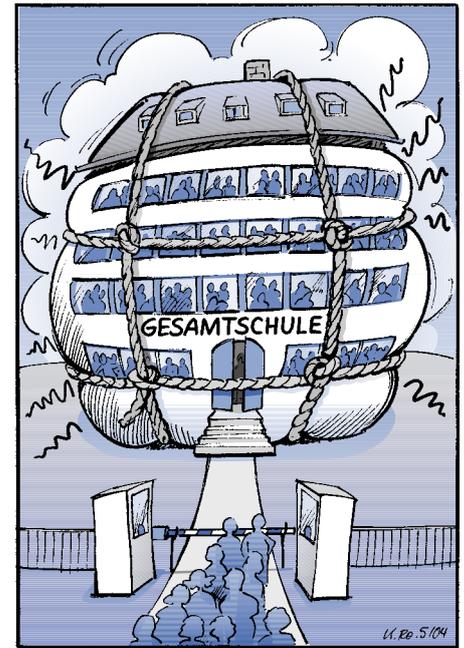
pekte oder Hintergründe? Bestimmt nicht, denn sie sind mit ihrer Enttäuschung und Unzufriedenheit über die Entscheidung in eine Situation geraten, die sie eigentlich nicht erwartet hatten.

Dass es anderen ähnlich ergangen ist, dass sie das gleiche Schicksal getroffen hat, sehen sie nicht. Teilweise erfahren sie es auch nicht oder nehmen es nicht zur Kenntnis. Zu tief sitzt die Enttäuschung.

Jedes Jahr wiederholt sich dieses Spiel. Jedes Jahr werden es immer mehr enttäuschte Kinder und ihre Eltern/Erziehungsberechtigten. Aber keiner zieht daraus eine Konsequenz. Sie ziehen sich zurück und hadern mit dem Schicksal, als sich zu engagieren und mehr Gesamtschulplätze einzufordern.

Dieses wiederkehrende Spiel müsste eigentlich unseren verantwortlichen PolitikerInnen ein Dorn im Auge sein: Schließlich haben sich alle nach dem Aufschrei bei PISA die anderen Bildungssysteme in den erfolgreichen Ländern angesehen und ihre Schlüsse daraus gezogen. Haben sie diese zum Anlass genommen endlich etwas in der Bildung zu verändern? Selbst die Handwerkskammer haben Veränderungen in unserer Bildungsstruktur gefordert, doch niemand ist bisher darauf eingegangen. Kann sich unser Land bzw. können sich unsere Bundesländer diese Ignoranz weiter erlauben?

Als Steuerzahler und Eltern/Erziehungsberechtigte sind wir mit an dem Geschehen in unseren Ländern beteiligt, weshalb fordern wir nicht endlich eine Änderung der Bildungspolitik, warum nehmen wir nicht teil an der Ausgestaltung unserer Bedürfnisse und Forderungen? Wir entscheiden wie es in der Bildung weiter gehen soll für unsere Kinder, nur müssen wir uns endlich dazu laut äußern und fordern. Wenn wir darauf warten, dass Politik sich bewegt, dann hören wir: „Dies ist erst in xx Jahren möglich.“



Wir brauchen jetzt Veränderungen in der Bildung und auch jetzt mehr Gesamtschulplätze! Nur darauf hoffen und warten bringt uns nicht weiter.

Ich muss das Kind bereits vor der Geburt im Kindergarten anmelden, damit ich später auch diesen Platz bekomme. Ähnlich ist es doch auch mit einem Gesamtschulplatz, nur kann die aufnehmende Schule dies wegen der geringen Plätze nicht ermöglichen. Also müssen sich die Eltern/Erziehungsberechtigten bereits bei der Einschulung darüber einig und klar sein, welche Schule ihr Kind später besucht. Sie müssen dann beginnen, sich für diesen Platz stark zu machen und ihn bei ihrem Schulträger, der Stadt, der Gemeinde, dem Kreis oder Land, einfordern (entsprechend dem jeweiligen Landesschulgesetz).

Jeder der einen Gesamtschulplatz für sein Kind wünscht, muss jetzt die entsprechenden Weichen stellen, denn wenn das Kind die Schule wechselt ist es bereits zu spät. Dann ist die Enttäuschung nicht zu vermeiden.

Die GGG unterstützt euch vor Ort und auch im Land und im Bund. Ihr müsst initiativ werden, damit euer Wunsch nach mehr Gesamtschulplätzen realisiert wird und auch akzeptiert wird.

Für weitere Anregungen und Vorschläge sind wir natürlich offen! ♦

## Impressionen aus Göttingen-Geismar

Ein Beitrag zur GGG-Aktion „Aufhebung der KMK-Beschlüsse

von Fritz Schmidt

SchülerInnen bis zu 10. Schuljahr in allen Fächern gemeinsam zu unterrichten, ohne mindestens zwei Differenzierungsschubladen aufzumachen – eine Horrorvorstellung für den deutschen Pädagogen und vor allem für den deutschen Schulpolitiker! Das kann nicht gut gehen, es gibt doch schließlich dreierlei Schülermensch: Hauptschüler, Realschüler und vor allem Gymnasiasten.

An der Lichtenberg Gesamtschule in Göttingen Geismar läuft alles anders: SchülerIn ist SchülerIn, in den Integrationsklassen (eine pro Jahrgang) auch Kinder mit Behinderungen. Was ist das Besondere an dieser Schule mit Atmosphäre? Der Arbeitskreis KMK besuchte Göttingen Geismar an einem Samstag, an dem trotzdem die Schule nicht leer war: Ein Oberstufenkurs probte ein Theaterstück im eigenen kleinen Theatersaal,

direkt neben dem Schulkino mit Kinoseseln (Schulleiter Wolfgang Vogelsaenger: „Ich muss nur noch den Hausmeister dazu bringen Popcorn zu verkaufen“). Kultur, ein ausgesprochen gut ausgebauter Ganztagsbereich, Elternmitarbeit, scheinen flankierende Maßnahmen des Ziels zu sein: Alle Kinder bleiben bis zum 10. Schuljahr zusammen im Unterricht!

Das Eindrucksvollste aber ist die Organisation der Jahrgänge und das dafür eigens pffiffig nach skandinavischem Vorbild konstruierte Schulgebäude: Jeder Jahrgang (je 6 Klassen) hat seinen eigenen abgeschlossenen Bereich, Klassenräume, Computerbereich, Freizeit- und Arbeitsfläche, Lehrerzimmer für das Lehrerteam und - nicht zu vergessen - Toiletten! Die SchülerInnen lernen im Team, entsprechend ist die Sitzordnung in den Klassenräumen fest-

gelegt. Die Teams mit Jungen, Mädchen, stärkeren und schwächeren SchülerInnen bleiben länger zusammen. Sie werden aber auch so gewechselt, dass im Laufe der Zeit bis zum 10. Schuljahr jeder mit jedem einmal zusammengearbeitet hat. Jede SchülerIn hat im Klassenraum ihr/sein Portfolio, um ihre/seine eigenen Lernfortschritte zu dokumentieren und überprüfbar zu machen. Die SchülerInnen können zwischen leichteren und schwereren Aufgaben und Tests wählen.

Ein Brief an die Eltern mit ausführlicher Information über Arbeitshaltung und Leistung pro Halbjahr geht erst an die Eltern, wenn die SchülerInnen ihre eigene Stellungnahme dazu geschrieben haben: Selbstevaluation ist integrativer Bestandteil der Beobachtung und Beurteilung. Eine Festlegung auf einen Schulabschluss erfolgt erst ganz am Schluss der Schulzeit. Und hier sind noch Leistungssteigerungen möglich!. Keine demotivierende Situation wie oft in Grundkursen, immer wieder Ermutigungen und Stützen durch die Teamarbeit, Orientierung nach oben und keine Resignation. Und was ist mit den Überfliegern? Eine fantasievolle Unterrichtsgestaltung, Möglichkeiten klassenübergreifender Projekte und andere Maßnahmen einer individualisierten Lerngestaltung lassen alle Möglichkeiten offen. Was für die SchülerInnen gilt, gilt auch für die LehrerInnen: Teamarbeit ist angesagt, sowohl in der pädagogischen Betreuung der SchülerInnen als auch im fachlichen Bereich, bei der Unterrichtsvorbereitung und bei der Gestaltung von Tests und Überprüfungen.

Ohne intensive Kooperation und ohne ein stringentes pädagogisches Begleitkonzept wären die Erfolge der Schule nicht möglich! Zum Schluss doch noch einmal die Schubladen mit ein paar Zahlen: Pro Jahrgang werden im Schnitt erreicht: 10% Hauptschulabschlüsse, 30% Fachoberschulreifeabschlüsse ohne Qualifikation für die Oberstufe, 60% Fachoberschulreifeabschlüsse mit Qualifikation, von denen dann 98% das Abitur machen. Bildungspolitiker und verzagte Lehrer: Es lohnt ein Blick nach Göttingen-Geismar! ♦

## GGG und GEW im Gespräch



*Zu einem Spitzengespräch trafen sich während der Bildungsmesse in Hannover Vorstandsmitglieder von GEW und GGG, um über gemeinsame Projekte zu beraten. Im Mittelpunkt der Aussprache stand dabei die Aktion „Länger gemeinsam lernen“ und deren für Ende April geplante Fachkonferenz in Hannover. Im Bild (von links): Wolfgang Vogel (GGG), Marianne Demmer (2. Vors. GEW), Ulrich Thöne (1. Vors. GEW), Ingrid Wenzler (1. Vors. GGG) und Klaus-Dieter Harder (GGG).*

## Zur Umsetzung der Bildungsstandards in den Bundesländern

### Zum Beispiel: Saarland

von Klaus Winkel

#### Einleitung

In seinem Kommentar (Gesamtschulkontakte 1/06) hebt Michael Hüttenberger den Befund der OECD, dass Gesamtschulen aktiver als andere auf die ihnen gestellten Herausforderungen reagieren, hervor. Diesen Befund nehme ich auch für die 15 saarländischen Gesamtschulen in Anspruch. Sie begreifen und nutzen die Einführung von Standards als Chance, ihre Unterrichts- und Erziehungspraxis zu überdenken und zu reformieren. Die saarländischen Gesamtschullehrerinnen und -lehrer wissen, dass mit den PISA-Ergebnissen nicht nur ein unterrichtsdidaktisches und methodisches und auch nicht nur ein schulstrukturelles Problem, sondern vor allem ein soziales Defizit aufgedeckt wird. Darauf weisen „Erfurt“ und „Rütli“ drastisch hin.

Da den saarländischen (Gesamt-)Schulen mit der Einführung der Standards mehr Selbstständigkeit eingeräumt werden soll und die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe (Schools In, Schoolworker-Projekt) intensiviert wird, bieten sich Gestaltungschancen vor allem auch im Interesse der Schüler(innen), die PISA als Risikogruppe identifiziert hat.

In diesem Beitrag werde ich auf die verschiedenen Entwicklungsstränge, die von den einzelnen Schulen unterschiedlich aufgegriffen und verwoben werden, nicht eingehen, sondern mich an Ursula Helmkes Vorgabe, die Beschlusslage vorzustellen und über die Reaktionen zu berichten, halten. Die Einführung von Standards und kompetenzorientiertem Unterrichten mit neuen Kernlehrplänen ist nur ein jedoch ein wichtiger Teil der

Reformbemühungen an saarländischen Gesamtschulen ist.

#### Beschlusslage im Saarland

Im Saarland gibt es immer schon – der französische Einfluss ist unverkennbar – das Zentralabitur. Der Mittlere Bildungsabschluss – wenn auch nicht in der ungebrochenen Tradition des Abiturs – und seit einigen Jahren der Hauptschulabschluss nach dem 9. Schuljahr werden ebenfalls zentral durchgeführt.

Landeszentrale Vergleichsarbeiten wurden mit dem sog. Klassenarbeitenerlass (vom 06.08.04) an Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien in Deutsch (7. Schuljahr), Mathematik (8. Schuljahr) und in der 1. Fremdsprache (9. Schuljahr) eingeführt. Sie werden jeweils zu Beginn des Schuljahres geschrieben und ersetzen eine Klassenarbeit. Ihre Auswertung erfolgt zentral durch die Universität. Die Ergebnisse werden nicht veröffentlicht.

Die Lehrer(innen) und Schulen erhalten Rückmeldungen zu jeder Schülerin und jedem Schüler wie auch zu jeder einzelnen Aufgabe bzw. jedem Item. Zugleich erhalten sie Informationen darüber, wo ihre Klasse, die Schule im Vergleich zu den anderen Schulen ihrer Schulform und im Vergleich zu Schulen mit ähnlichen sozio-metrischen Daten steht.

Der Erlass nennt als Zweck und Bedeutung:

„Landeszentrale Vergleichsarbeiten sollen den Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie den Erziehungsberechtigten die Möglichkeit geben, die

schulische Lernfortschritte zu überprüfen und den Lernbedarf für die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler festzustellen. Sie berücksichtigen die länderübergreifend im Rahmen der Kultusministerkonferenz beschlossenen Bildungsstandards, dienen länderübergreifend der Sicherung und Weiterentwicklung der Unterrichtsqualität und unterstützen die langfristige Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die schulischen Abschlüsse. Sie erlauben Rückschlüsse auf die Qualität und die Vergleichbarkeit der schulischen Arbeit und ermöglichen es somit, die Leistungsfähigkeit des Schulsystems zu evaluieren. Landeszentrale Vergleichsarbeiten haben zum Ziel, Lehrerinnen und Lehrer in einen dauernden Diskussionsprozess über ihre schulische Arbeit einzubeziehen und ihre Diagnosefähigkeit zu stärken.“

Mit Bezug auf die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz zur Einführung der Bildungsstandards am 4. Dezember und mit Verweis auf deren Veröffentlichungen zwischen dem 4. Dezember 2003 und dem 16. Dezember 2004 heißt es im Erlass des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft vom 5. August 2005 zur Einführung der Bildungsstandards:

Für die allgemein bildenden Schulen des Saarlandes werden die am 4. Dezember 2003 vereinbarten Bildungsstandards ab dem Schuljahr 2004/2005 und die am 15. Oktober 2004 bzw. am 16. Dezember 2004 ab dem Schuljahr 2005/2006 ergänzend zu den im Saarland geltenden Lehrplänen für verbindlich erklärt. Für die beruflichen Schulen gilt dies unter Berücksichtigung ihres jeweiligen Bildungsauftrages entsprechend.

Zugleich beschloss das Ministerium, Kernlehrpläne für die „Standardfächer“ schreiben zu lassen, die die geltenden Lehrpläne ersetzen. Ihre Einführung in die Jahrgangsstufen 9 und 10 ist für das Schuljahr 2006/07 vorgesehen.

Die Kernlehrpläne

– benennen nur den Kern der Fächer und bieten somit Platz für schulspezifische Ergänzungen

- sichern kumulatives, nachhaltiges Lernen
- definieren die Leistungsanforderungen, die sie in Aufgabenbeispielen konkretisieren.

Die Funktion der Kernlehrpläne ist es, die Standards

- in Bezug auf die Leistungsvorgaben schulformbezogen zu konkretisieren und
- in inhaltliche, sequenzierte Vorgaben zu übersetzen.

Die fachspezifischen Themen bzw. Inhalte sollen sich auf das Unverzichtbare und damit dann wirklich Verbindliche beschränken, das den Kompetenzen zugeordnet ist, die die Schüler(innen) am Ende der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 nachweislich und nachhaltig erworben haben sollen.

Die Kernlehrpläne des Saarlandes enthalten auch Aufgabenstellungen mit Hinweisen auf Verfahren der Leistungsfeststellung, mit deren Hilfe das Erreichen der angestrebten Kompetenzen valide festgestellt werden kann. Aufgabenbeispiele komplettieren die Kernlehrpläne. – So ist es vorgesehen. Wie sie tatsächlich aussehen und was die Lehrer(innen) mit ihrer Hilfe zu leisten in der Lage sind, bleibt abzuwarten.

### Auf dem Weg zur Umsetzung

Mit der Einführung von Standards sind erhebliche Umsetzungsprobleme verbunden.

Die erziehungswissenschaftliche Theoriebildung steckt noch in den Anfängen. Die Verbindung zwischen Theorie und Praxis durch eine stützende Empirie, die nicht nur Daten erhebt, sondern im Sinne von Aktionsforschung Ministerien, Schulaufsicht und Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung behilflich ist, ist kaum vorhanden. Es fehlt entschieden ein dem Experimentalprogramm der Bundesregierung Anfang der 70er Jahre vergleichbarer finanzieller Anschlag über das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hinaus.

Da im Saarland zeitgleich das Inspektorat eingeführt wird und die Schulen selbstständiger und die Schulleitungen gestärkt

werden sollen, wird das „Schulhaus“ von den Fundamenten bis zum Giebel oder Flachdach komplett renoviert. Das zur Verfügung stehende Personal muss beides leisten: qualifiziert unterrichten und erziehen und die Umbaumaßnahmen konsequent und behutsam durchführen. Auch in der Schulverwaltung fallen die herkömmlichen Aufgaben nicht einfach weg, sondern die zusätzlichen müssen mit bewältigt werden.

Doch zurück zur Umsetzung im Saarland: In gemeinsamen Kommissionen des Kultusministeriums erarbeiten Lehrerinnen und Lehrer aus Gesamtschulen (GeS) und Erweiterten Realschulen (ERS) die Kernlehrpläne, die Aufgaben für die Vergleichsarbeiten und für die zentralen Abschlussprüfungen. Die zu lösenden Probleme sind, soweit ich das als Außenstehender beurteilen kann, enorm, Das Beste, was sich z. Z. zu dieser Arbeit sagen lässt, ist, dass die Kommissionen auf dem Weg sind und jeweils für sich auf dem Stand der bundesweiten Diskussion. Ihre Entwürfe für die Jahrgangsstufen 9 und 10 liegen dem Bildungsministerium vor. Das heißt für dieses kleine Land mit seinen knappen Ressourcen, dass sehr viel geleistet wird und noch zu leisten bleibt.

Die Gymnasien stellen derzeit auf die achtjährige Unterrichtszeit bis zum Abitur – G 8 – um. Der 1. Jahrgang G8 kommt im Schuljahr 2006/2007 in die gymnasiale Oberstufe. Im Zuge dieser Reform werden die gymnasialen Lehrpläne neu geschrieben. Wieweit sie den Ansprüchen der Bildungsstandards genügen und ob sie mit denen der GeS und der ERS kompatibel sind, um die geforderte Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zu sichern, wird noch geprüft werden müssen.

Das Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) als nachgeordnete Dienststelle hat sich zur Aufgabe gemacht, die Lehrerinnen und Lehrer so intensiv wie nur möglich mit den knappen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen:

Alle ERS- und GeS- Schulleiter(innen) wurden vom Leiter des Landesinstituts über Ziel, Verfahren und Umsetzung der KMK-Vereinbarung umfassend informiert. Die Schulen der Sekundarstufe I konnten (und können noch) einen Pädagogischen Tag zum Thema „Standards und Kernlehrpläne“ mit Referentinnen und Referenten des LPM abrufen. Dieser bietet einen ersten Überblick über die anstehenden Vorhaben von PISA ausge-



*Projektarbeit mit Print- und elektronischen Medien*

hend über die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz bis zu den Aufgaben der Schulen. Nach Vortrag und Diskussion werden die Fachkonferenzen (Deutsch, Mathematik, 1. Fremdsprache und Naturwissenschaften) informiert über Standards, Kompetenzmodelle, Aufgabenstellung etc. Meist entwickeln sich daraus bereits kurze Workshops, in denen die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer erfahren, welche Anforderungen an ihre Kooperation in den Fachgruppen künftige gestellt sind.

Im laufenden Schuljahr bietet das LPM für die genannten Fächer (außer NW) ein Pilotprojekt „Kompetenzorientiertes Unterrichten“ mit jeweils drei bis vier Modulen an. ReferentInnen sind ExpertInnen aus anderen Bundesländern. Je zwei bzw. drei LehrerInnen einer schulischen Fachgruppe aus max. 5 Schulen können außer den Lehrplankommissionen teilnehmen. In Zukunft werden zunehmend Mitglieder der Lehrplankommissionen diese Veranstaltungen durchführen.

Seit zwei Jahren werden Multiplikatoren - mindestens je zwei Lehrkräfte müssen pro Schule gemeldet werden - für den Selbstorganisieren Unterricht (SOL) nach Herold/Landherr ausgebildet. Dieser systemische Ansatz des Unterrichts ist mit

den Ansprüchen des kompetenzorientierten Unterrichts kompatibel. Ein weiteres wichtiges Angebot ist die Fortbildung von Fachgruppenvorsitzenden, auf die viel Arbeit zukommt. Sie erwerben die Kompetenz, ein Team zu moderieren, dass hohe Leistungen erzielen will.

### Reaktionen aus der Praxis der Gesamtschulen

Beginnen möchte ich anekdotisch: Nachdem ich in einer Gesamtschule zu „Standards und Kernlehrplänen“ referiert hatte, legt ein Kollege freundschaftlich-freundlich den Arm um meine Schultern, um mir mitzuteilen, dass ich doch selbst nicht glaube, was ich da eben von mir gegeben habe. Meine gegenteiligen Beteuerungen wischte er mit der Bewerkung beiseite, dass hätte ich bei dem Versuch das Team-Kleingruppen-Modell im Saarland einzuführen auch gesagt und ich wisse doch selbst am besten, wie es um die Gesamtschule hier und anderswo stehe. Die Gretchenfrage sei die nach der Selektion und diese sähe er durch die Einführung von Standards, Kompetenzmodellen und zentralen Evaluationen durch Vergleichsarbeiten und andere aufwendigen Verfahren nicht in seinem und hoffentlich nicht auch meinem Sinne beantwortet.

Solche und ähnliche Reaktionen – neben den berechtigten Hinweisen auf hohe die Gesundheit gefährdende Arbeitsbelastung - wurden aus den Gesamtschulen immer wieder berichtet.

In dieser Kritik verharren die Gesamtschulkollegien aber nicht.

Alle Schulen haben die einführende Tagesveranstaltung mit dem LPM durchgeführt. Den Referentinnen und Referenten ist aufgefallen, dass die Gesamtschulkollegien in der Regel besser informiert sind und dass Gesamtschullehrer(innen) bereits in Teams und Fachgruppen arbeiten (können) und dass GesamtschullehrerInnen über Schulentwicklungscompetenz verfügen. Fast alle Gesamtschulen sind in „Kompetenzorientiertes Unterrichten“ oder „Selbstorganisiertes Lernen (SOL)“ engagiert. Dabei sucht jede Schule für sich ihren Weg, den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Viele Gesamtschullehrerinnen und -lehrer arbeiten aktiv in den Lehrplankommissionen und als Referenten.

Den Kollegien geht es nicht, so beobachte ich es, um die geflissentliche Erfüllung eines Normgebotes der Kultusministerkonferenz oder des saarländischen Kultusministeriums, sondern sie setzen darauf und sich dafür ein, dass dieser Weg zur Verringerung und letztlich Auflösung der Risikogruppe führt. Kompetenzorientiertes individuelles Lernen in Gruppen mit allen weiteren Implikationen dieser Reform bietet ihnen Anreize dafür, sich aktiv einzulassen.

Die Einführung der Bildungsstandards ist – mit klarem Blick auf die Probleme und Widersprüche dieser Reform – für viele saarländische Gesamtschulkollegien ein Teil einer umfassenderen noch zu erarbeitenden Blaupause, die angibt, wie sie ihre Schule weiterentwickeln müssen, damit sie alle Kinder und Jugendlichen zu anschlussfähigen Abschlüssen führt. Darüber wird anlässlich des Bundeskongresses 2007 in Saarbrücken weiter zu sprechen sein. ♦



*Voneinander und miteinander lernen heißt auch Strategien besprechen und im Team arbeiten*



## Es geht doch ohne äußere Differenzierung

Erfahrungen aus der Gesamtschule Friedenstal in Herford

von Rainald Könings

Wie in einem Artikel des Heftes 56 der „Blauen Reihe“ beschrieben, befasst sich die Gesamtschule Friedenstal in Herford seit dem Schuljahr 2003-2004 mit Schritten zur Überwindung der äußeren Differenzierung in den Fächern Englisch, Mathematik, Deutsch und als „Physik-Schule“ in dem Fach Physik.

Zunächst wird probeweise durchgeführt:

- die Aussetzung der äußeren Differenzierung in Englisch im 7. Jahrgang,
- die Aussetzung der äußeren Differenzierung in Mathematik im 7. Jahrgang und
- der Stammgruppenunterricht in Deutsch im 9. und 10. Jahrgang.

Während und nach den ersten beiden Schuljahren ohne äußere Differenzierung in Englisch und Mathematik im Jahrgang 7 werden die Erfahrungen zwischen den Fachlehrerinnen und -lehrern ausgetauscht und in den Jahrgangsfachteams ausgewertet.

Die Diskussion in der Fachkonferenz Englisch führt im Dezember 2005 zum Antrag an die Schulkonferenz, die Differenzierung auf Dauer erst im achten Schuljahr beginnen zu lassen. Die Schulkonferenz stimmt dem Antrag mit großer Mehrheit zu.

Im Fachteam Englisch wird nun überlegt, auch für die weiteren Jahrgänge nach Lösungen zu suchen, die der Handhabung im Fach Deutsch entsprechen, d. h. die Schülerinnen und Schüler im Stammgruppenverband zu belassen und Grund- und Erweiterungskurszugehörigkeit auszuweisen.

Dieses Modell wird ebenfalls im Fachteam Physik erwogen.

Die Beschlussfassung für das Fach Mathematik zum Beginn der äußeren Differenzierung im achten Jahrgang wird in der Fachkonferenz vorbereitet.

### Stammgruppenunterricht im Fach Deutsch im 9. und 10. Schuljahr

Im Schuljahr 2003-2004 werden zwei von sechs Stammgruppen in Deutsch nicht äußerlich aufgeteilt. Im Folgejahrgang wird das Fach Deutsch in allen Stammgruppen ohne äußere Differenzierung unterrichtet, d.h. die Schülerinnen und Schüler werden entsprechend den Bestimmungen Grund- und Erweiterungskursen zugeordnet, bleiben aber in ihrem Stammgruppenverband. – Zur Arbeitsweise siehe Artikel im Heft 56 der „Blauen Reihe“.

Die Evaluation des Versuchs erfolgt auf der Basis der Befragungen von Schülern und Fachlehrerinnen und -lehrern sowie der Notenauswertung.

Mit großer Mehrheit stimmen sowohl Schüler als auch Lehrerinnen und Lehrer der Fortsetzung des Modells zu:

- Das Lernen zusammen mit den bekannten Schülerinnen und Schülern im Stammgruppenverband wird als erfolgreicher angesehen.
- Das Bewusstsein für gegenseitiges Unterstützen und Helfen wird gefördert.
- Leistungsdefiziten wird bewusster begegnet mit gezielteren Fördermaßnahmen.

- Das Modell stellt einen Beitrag zur Stabilisierung der Lerngruppe dar.
- Es wird die Identifikation mit der Schule und dem Lernen erhöht.
- Die Bereitschaft zur Partner- und Teamarbeit hat sich ebenso erhöht wie die zum eigenverantwortliche Arbeiten.
- Insgesamt verbessert sich das Sozial- und Arbeitsverhalten

Einzelne Schüler und Lehrer geben zu bedenken, dass gelegentlich die nötige Arbeitsruhe fehle, die Konzentration gestört werde. Die Ursachen für solche Probleme werden aber nicht in der Art der Differenzierung gesehen. Es sei vielmehr so, dass sie jetzt eher beachtet und eine Behebung angestrebt werde.

Die Notenauswertung ergibt, dass die beiden ersten Versuchsklassen im Vergleich zu den anderen im Durchschnitt nicht schlechter abschneiden. Insbesondere die Grundkurschüler haben von dem Modell profitiert. Diese Erkenntnis ist bei den Fachlehrern unumstritten.

Eine „Restsorge“ gilt noch den Erweiterungskurschülern: Werden die leistungsstärkeren Schüler hinreichend auf die gymnasiale Oberstufe vorbereitet?

Zunächst ist festzustellen, dass aus den beiden Klassen, in denen das Fach Deutsch nicht äußerlich differenziert unterrichtet wurde, insgesamt 30 Schüler und aus den anderen vier Klassen insgesamt 38, die vorher Deutsch-Erweiterungskurse besucht haben, in die Sekundarstufe II kommen.

Zur Ausgangssituation aller sechs Klassen im fünften Schuljahr ist festzustellen, dass



„Schichtwechsel“ der Gesamtschule Friedenstal (Herford)

die Leistungs-bandbreite in den Klassen im Hinblick auf die Grundschulnoten sehr ähnlich ist.

Nun könnte befürchtet werden, dass die Quote der Abbrecher aus der ersten Gruppe größer ist. Die Auswertung der erbrachten Noten in Deutsch im ersten Halbjahr des elften Schuljahres 05-06 ergibt ein anderes Bild:

Die Noten der ersten Gruppe sind im Durchschnitt einen Punkt nach 15-Punktesystem besser als die der zweiten Gruppe. In beiden Gruppen gibt es gleich viele Schüler mit guten bzw. sehr guten Noten. Da die erste Gruppe kleiner ist, ist die Wahrscheinlichkeit gute Ergebnisse zu erzielen bei diesen Schülern größer. Andererseits finden sich Noten von 4 Punkten

und schlechter in der zweiten Gruppe deutlich häufiger. Nach diesen Befunden sind die Lehrer davon überzeugt, dass die leistungsstärkeren Schüler keinen Schaden nehmen, sondern vielmehr durch den Unterricht im Klassenverband profitieren. Diese Art des längeren gemeinsamen Lernens wird allen Schülern besser gerecht werden. ♦



## Pansdo...r...atekau

**...oder wie am Ende doch noch die Vernunft siegte!**

von Jörg Cygan, IGSP

Kaum eine andere Schule in Schleswig – Holstein hat in den letzten Jahren derartige Schlagzeilen gemacht, wie die IGS des Kreises Ostholstein in Pansdorf. Nach langer und unermüdlicher Arbeit einer engagierten Elterninitiative wurde sie im Sommer 2001 gegründet. Da standen einige Kinder der Ini-Gründer bereits kurz vor dem Abitur an anderen Schulen. Aber mit der Gründung der Schule wurde ein Stück Schleswig – Holsteinische Schugeschichte geboren, welche auch 30 Jahre nach Gründung der ersten Gesamtschule im Land der Glaubenskrieg noch lange nicht vorbei war. Zeitgleich mit der Gründung der Schule wurde in Ostholstein ein neuer Landrat gewählt, dessen erklärter politischer Wille die Verhinderung, später Schließung der Schule war. Und als 2003 die CDU auch in Ostholstein die absolute Mehrheit errang, schien das Schicksal der Schule fast besiegelt. Es folgte der Auflösungsbeschluss des schwarzen Kreistages, die Weigerung aus Kiel, diesen umzusetzen und folglich eine Klage des Kreises gegen das Land beim Verwaltungsgericht in Schleswig.

Begleitet war dieses Szenario von einem zermürbenden Kleinkrieg. Eine baulich akzeptable Lösung (Verlegung der Schule nach Timmendorfer Strand) wurde mit Hilfe von Fraktionszwang verhindert. Trotz PISA, TIMMS und weiteren Un-

tersuchungen, die alle bescheinigten, dass das gegliederte Schulwesen nicht mehr für alle zeitgemäß ist, wurden diese Ergebnisse komplett ignoriert. Ganz im Gegenteil: Eltern wurden mit Lügen und Halbwahrheiten massiv verunsichert, die Qualität der unterrichtlichen Arbeit in Abrede gestellt, die Kompetenz der unterrichtenden Lehrkräfte in Frage gestellt und die Erfolge der Schule nicht zur Kenntnis genommen. Seit Mehrheitsübernahme des Kreistages durch die CDU gab es keinen ordentlichen Haushalt für die Schule mehr.

Und trotzdem, die unverbesserlichen Eltern meldeten weiter ihre Kinder an dieser Schule an, regelmäßig fast doppelt so viele Schülerinnen und Schüler, als Plätze vorhanden waren. Die Wartelisten auf freierwerdenden Plätze wurden lang und länger. Aber das schien die regierenden ostholsteinischen Politiker (Ostholstein, ein Kreis für Kinder!!!) nicht im geringsten zu interessieren.

Richtig spannend wurde es dann noch einmal, als die Schulfrage zu einem Stolperstein zur Bildung einer großen Koalition zu werden drohte. Es wurde wieder einmal sehr deutlich, dass der Wille des Volkes nicht notwendigerweise die Handlungen der Politik bestimmen musste.

Aber auch hier wurde ein Kompromiss gefunden, das Land übernahm einen großen Teil der Kosten für den neuen Jahrgang, der Kreis konnte seine Verpflichtungen abwälzen. Nach den grauen, den gelben und den blauen wurden mit nur fünfmonatiger Verspätung in einem türkisfarbenen Container Unterrichts- und Fachräume für den Jahrgang 05/06 geschaffen.

Und alles wartete gespannt auf den 26. Oktober 2005, an dem das Verwaltungsgericht ein Urteil finden sollte. Aber die vorsitzende Richterin handelte weise. Die Existenzfrage wurde gar nicht behandelt, es ging gar nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie! Eine Ohrfeige für die Fraktion der Verhinderer, eine Genugtuung für die Freunde und Förderer der IGS Pansdorf. Alles Weitere sollten die Verhandlungen zwischen dem Kreis und dem Land bis spätestens Ende Januar 06 ergeben.

Und dann kam es zu einer Wendung, mit der wirklich niemand ernsthaft gerechnet hatte. Die Gemeinde Ratekau, auf deren Gebiet die Schule steht und in deren Trägerschaft die Schule einst geplant war, hatte gerechnet. Und dabei festgestellt, dass zum Betrieb ihrer Realschule wohl in Kürze die Schülerinnen und Schüler fehlen würden. Folglich drohte die Gefahr, dass es innerhalb der nächsten Jahre in Trägerschaft der Gemeinde wohl keine weiterführende Schule mehr geben würde. Und auf einmal ging alles ganz schnell. Selbst die CDU, die vor 6 Jahren noch Mitinitiatorin eines Bürgerbegehrens gegen die Errichtung der Gesamtschule auf ihrem „Territorium“ war, stimmte mehrheitlich dafür, die Realschule Ratekau auslaufen zu lassen und die Gesamtschule künftig in

dem dann frei werdenden Gebäude sowie den notwendigen Erweiterungsbauten unterzubringen. Selbst die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe, von Anfang an beschlossen und genau so lange intensiv bekämpft, war plötzlich selbstverständlich. Und so steht jetzt, 16 Jahre nach Gründung der Elterninitiative zur Einrichtung einer Gesamtschule im südlichen Kreis

Ostholsteins und 5 Jahre nach Aufnahme der ersten Schülerinnen und Schüler, die Schule plötzlich auf gesichertem Fundament. Ostholstein Politposse scheint ein Ende zu haben und in ein paar Jahren wird ein leer geräumtes Containerfeld wohl das Einzige sein, was äußerlich noch an die Gesamtschule in Pansdorf erinnern wird.

Aber in den Köpfen der Schülerinnen und Schüler dieser Jahre, der Lehrerinnen und Lehrer und der Eltern wird die Schule weiter existieren als Mahnmal für die Beschränktheit einiger politisch Handelnder und als Zeichen dafür, dass es oft schwer ist, den Bedürfnissen und dem Willen einer Mehrheit Rechnung zu tragen. ♦

## Eindeutiger Elternwunsch für Gesamtschule Nieder-Olm

(ffb) Die von der Verbandsgemeindeverwaltung vorgelegten Ergebnisse der Elternbefragung bestätigen aus Sicht der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband eindeutig den Bedarf einer Integrierten Gesamtschule am Standort Nieder-Olm (Rheinland-Pfalz, südlich von Mainz).

„Die Eltern der Grundschüler in Nieder-Olm erteilen damit der Verwaltung den Auftrag, die notwendigen Vorarbeiten zur Antragsstellung an das Bildungsministerium zu leisten“, erklärt Franz-Josef Bronder. Insbesondere seien jetzt Fragen der Schulträgerschaft mit dem Landkreis

Mainz-Bingen zügig zu klären, damit die Schule zum nächstmöglichen Termin im Schuljahr 2008/2009 mit ihrer Unterrichtsarbeit beginnen kann.

Die Elternbefragung zur Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) am Standort der Regionalen Schule ist ausgewertet. Von den 1087 verschickten Fragebögen wurden 369 (34 Prozent) von den ausgefüllt und zurückgeschickt. Davon sprechen sich 54 Prozent für eine IGS aus.

Die Eltern von Kindern mit erwarteter oder ausgesprochener Hauptschul- und Realschulempfehlung sprechen sich na-

hezu geschlossen oder mit großer Mehrheit (96 und 85 Prozent) für eine IGS aus, aber auch 44 Prozent der Eltern von Gymnasialempfohlenen.

An der Regionalen Schule, die vom kommenden Schuljahr an den Ganztagsbetrieb aufnimmt, werden die planerischen Weichen auch für eine IGS gestellt. In den Sommerferien fällt der Startschuss für den zweistöckigen Erweiterungsflügel. Auf 1000 Quadratmetern entstehen Mensa, Cafeteria und weitere Schulsäle – für 2,7 Millionen Euro. Es ist möglich, ein drittes Stockwerk draufzusetzen, wenn die Entscheidung für den IGS-Standort Nieder-Olm fällt. Es ist noch offen, ob diese Fläche dann für eine Oberstufe ausreicht, die nur bei entsprechender Nachfrage eingerichtet wird.

## Ein Fest für gelungene Schulkoooperation

(kw) Die Preisträger des 2. Wettbewerbes „Zeigt her eure Schule“ wurden gekürt. In den Räumen der Königlichen Porzellanmanufaktur Meißen hat Frau Eva-Luise Köhler die elf besten Kooperationsprojekte aus Ganztagsschulen ausgezeichnet. Drei davon wurden noch in besonderer Weise geehrt und sind damit die besten Beispiele für eine Kooperation mit außerschulischen Partnern im Rahmen einer Ganztagschule.

### Wo Schule mutig macht

Was haben die Entfaltung der Persönlichkeit von Schüler/innen und das Engagement für Umweltschutz miteinander zu tun? Eine ganze Menge, wie das Beispiel

der Gesamtschule des Saarpfalz-Kreises in Bexbach (Saarland) zeigt.

### Das Kooperationsbeispiel

Ein alter Gasherd steht neben einem Haus. Klarer Fall für die Mülldetektive. Ausgerüstet mit Digitalkamera durchkämmen sie gemeinsam mit dem städtischen Ordnungsamt und der Jugendpflege das Bexbacher Stadtgebiet. Es ist eins von mehreren Umweltschutzprojekten, die die Gesamtschule Bexbach initiiert hat. Außerdem engagiert sie sich in einem Hilfsprojekt für Tsunami-Opfer, pflegt freundschaftliche Beziehungen zu Schulen in Polen und Frankreich und stellt kulturelle Projekte wie Trommel-

gruppe oder ein Märchenfestival auf die Beine. Weil Schüler/innen im Unterricht eigeninitiativ zusammenarbeiten sollen, sind viele Projekte fest in den Unterricht integriert, aber auch die praktische Arbeit an außerschulischen Lernorten kommt nicht zu kurz. Und überhaupt spielen die SchülerInnen bei der Gestaltung des Schullebens eine wichtige Rolle. So schafft es die Gesamtschule Bexbach, mit zielstrebigem Vorgehen, klaren Vereinbarungen und einem riesiges Vertrauen in die Neugierde, das Engagement und die Fähigkeiten ihrer Schüler/innen, die vielfältigen Kooperationsprojekte zu realisieren und für jede/n ein passendes Angebot zu finden. ♦

## Berlin

### Stundentafeländerung erreicht Sekundarstufe I

Vor einigen Jahren bereits hat die Berliner Politik entschieden, dass 12-jährige Durchlauf zum Abitur eingeführt wird. Um in den dann acht Jahren von Klasse 5 bis zum Abitur den nach KMK-Vereinbarung festgelegten Mindestunterricht zu erreichen, müssen die Stundentafeln aufgestockt werden. (Sie wurden Anfang der 90-Jahre um etwa dieselbe Stundenzahl gekürzt.) Diese Aufstockung der Stundentafel erreicht im Schuljahr 2006/07 nun die 7. Klassen: Es sind dann 33 Wochenstunden (einschließlich des Faches Ethik), vier mehr als bisher. Insgesamt vier Stunden kann die Schule zur Flexibilisierung der Stundentafel verwenden: Für die Profilierung der Schulen können damit Standardfächer verstärkt werden, aber auch der Wahlpflichtbereich ausgebaut werden.

### Alle Gesamtschulen Ganztagsschulen

Zum Schuljahr 2006/07 sollen in Berlin alle Gesamtschulen Ganztagsschulen, genauer Ganztagschulen in gebundener Form werden. Das hat Senator Klaus Böger den Schulen mitgeteilt. Das betrifft außer den sechs Berliner Gesamtschulen, die bisher Halbtagschulen waren, alle Gesamtschulen mit offenem Ganztagsbetrieb. Das sind derzeit alle Gesamtschulen im Ostteil der Stadt sowie einige „Spätgründungen“ im alten West-Berlin. Die „alten“ Gesamtschulen, die zu Beginn der 70-er Jahre gegründet wurden, waren schon immer gebundene Ganztagschulen.

Die personelle Ausstattung der neuen Ganztagschulen wird durch eine kostenneutrale Umschichtung erreicht. Künftig erhalten die Gesamtschulen für den Ganztagsbetrieb vier Lehrerstunden pro Klasse (mit 29 Schülern), sowie eine Sozialpädagogen/Erzieher-Stelle für 140 Schüler.

Grundsätzlich ist die Entscheidung zu begrüßen, dass in allen Gesamtschulen der

(gebundene) Ganztagsbetrieb eingeführt wird. Das entspricht einer alten Forderung für die Weiterentwicklung der Gesamtschulen. Das Haar in der Suppe ist die kurze Frist, mit der die Entscheidung vor Ort umgesetzt werden soll. In weniger als einem halben Jahr sollen die betroffenen Schulen ein Ganztagsprogramm entwickelt und umgesetzt haben. Weil in der zur Verfügung stehenden Zeit die notwendigen baulichen Anpassungen und Erweiterungen jedoch nicht zu schaffen sind, wird zumindest der Start in den Ganztagsbetrieb mit vielen Provisorien verbunden sein. Es bleibt zu hoffen und zu fordern, dass diese Provisorien zügig beseitigt werden. Das gesamte Vorhaben könnte sonst wegen qualitativer Mängel gefährdet sein.

### Hauptschule abschaffen

Die Vorgänge an der Rütli-Schule haben die Diskussion um die Zukunft der Hauptschule und damit die Frage nach der Struktur des Schulsystems auch und gerade in Berlin neu gestellt. Nicht nur Senator Klaus Böger hat seine Sympathie für die Auflösung dieses Schultyps gefunden. Grüne, Linke und auch die SPD in Berlin haben die eine „Schule für Alle“ auf ihren Parteitag längst nicht nur gefordert, sondern beschlossen, d.h. es gibt für dieses Vorhaben eine politische Mehrheit. Trotzdem hat sich in der praktischen Politik noch lange nicht die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Hauptschule die Kehrseite des Gymnasiums (und der Realschule) ist. So ist einmal mehr zu befürchten, dass die eventuelle Auflösung der Hauptschule bei einer Fusion nur mit der Realschule und damit auf halbem Wege stehen bleibt und das Gymnasium weiterhin Schule für die „guten“ Kinder (= aus „gutem“ Hause) und natürlich für mein Kind ist und weiterhin keine Verantwortung übernimmt für die Schüler, die Zuwendung am dringendsten nötig haben. Dass auch diese Kinder erfolgreich sein können, zeigen uns die PISA-Sieger.

*Lothar Sack*

## Bremen

Die von der großen Koalition vorgenommenen Änderungen bei Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz und Lehrerausbildungsgesetz besiegeln das Ende der in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eingeleiteten Schulreform, die im Ergebnis „finnische Verhältnisse“ hätte schaffen können, wenn sie konsequent umgesetzt worden wäre.

Abgesehen davon, dass es in der Stadtgemeinde Bremen erhebliche Widerstände gegen die Einführung der additiven Stufenschule (mit der Zielsetzung eines integrierten Schulsystems) gab, wurde im Laufe der Jahre durch Novellierung der o.a. Gesetze die Aufteilung der SchülerInnen nach der Klasse vier (da die Empfehlungen für das Gymnasium schon zum Halbjahr ausgesprochen werden, also real in der Klasse vier) wieder eingeführt. Neben dem frei wählbarem Gymnasium, das allerdings bei Nichteingang nach zwei Jahren zu verlassen ist, gibt es die Sekundarschule, von der man bei besonderer Eignung nach zwei Jahren in das Gymnasium aufsteigen darf.

Dazu ist die Zahl der „integrierten Stadtteilschulen“ (Gesamtschulen) angestiegen, hier hat der Politik auf die zahlreichen Eltern-(und GGG-)Proteste reagiert und rechnerisch ausreichend Schülerplätze geschaffen (Koalitionspoker: für ein durchgängiges Gymnasium gibt es eine Gesamtschule). Problem ist, dass die integrierten Schulen unterschiedlich stark angewählt werden und so auch wieder Abweisungen erfolgt sind.

Entgegen dem vielbeschworenen Trend aus den Ergebnissen der PISA-Studien, im Elementar- und Primarbereich verstärkt zu investieren, schafft das neue Lehrerausbildungsgesetz wieder eine Mehrklassenlehrerschaft, bei der das Prinzip gilt: wer die Jüngeren unterrichtet, studiert kürzer und verdient weniger, wer die Älteren (Gymnasiasten, Berufsschüler, allerdings auch Sonderschüler) unterrichtet, studiert länger und verdient mehr.

GGG und GEW arbeiten daran, die Kolleginnen und Kollegen an den neu gegründeten Gesamtschulen in Workshops und Seminaren sowie auf Tagungen mit dem Gesamtschulgedanken vertraut zu machen und beim Umwandlungsprozess zu unterstützen.

Die Gesprächsreihe mit dem Gesamtschulsausschuss des Zentralen Elternbeirats wird fortgesetzt.

*Wolfgang Vogel*

## Hamburg

Die von der Bürgerschaft beschlossene Enquete-Kommission hat ihre Arbeit begonnen, die sie zum 31.03.2007 abschließen soll. Der Kommission gehören neun Sachverständige, die proportional zur Stärke der Fraktionen benannt werden konnten, und acht Bürgerschaftsabgeordnete an. Ihre Aufgabe ist es, konkrete Handlungsvorschläge für die Fragen zu entwickeln, wie Bildungserfolg und soziale Herkunft entkoppelt werden können, wie sich das Bildungsniveau insgesamt anheben und die Qualität von Schule verbessern lässt. Abschließend sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie die Vielgliedrigkeit des Schulsystems reduziert und die Durchlässigkeit verbessert werden kann. Auf der Mitgliederversammlung am 23. Februar 2006 wurde erstmals in einem größeren Kreis die Frage erörtert und kontrovers diskutiert, wie und mit welchen Beiträgen der Landesverband sich an der Diskussion beteiligen sollte, um die Position der Gesamtschule auch in der Zukunft zu sichern.

Die für Hamburg angestoßene Schulstrukturdebatte wird sicher auch auf dem Norddeutschen Kongress der Landesverbände Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen und Hamburg eine Rolle spielen. Der Kongress findet vom 21. bis 23. September 2006 in der Rudolf-Roß-Gesamtschule in der Hamburger Neustadt statt. Da es mit den Beurlaubungen in den Schulen immer schwieriger wird, haben wir für den Kongressablauf eine vorläufige Struktur

vorgesehen, die es den Teilnehmern ermöglicht, zu unterschiedlichen Zeiten einzusteigen.

### Programm

#### **Donnerstag, 21.09.2006**

Eintreffen der ersten Teilnehmer.  
Kongressbüro ab 19.00 Uhr (evtl. früher) geöffnet.  
Verschiedene Abendangebote in der Stadt.

#### **Freitag, 22.09.2006**

Am Vormittag Hospitationen in Hamburger Gesamtschulen.  
Oberthema: Innere Weiterentwicklung der Gesamtschule.

Bisher sind folgende Schwerpunkte vorgesehen:

Selbstverantwortetes Lernen,  
Bilingualer Unterricht,  
Naturwissenschaften ohne äußere Differenzierung,  
Profilklassen in den Jahrgangsstufen 9 und 10,  
Lernen im Stadtteil,  
Arbeit mit Kompetenzrastern,  
jahrgangübergreifender Unterricht.

Mittagessenangebot in der Rudolf-Roß-Gesamtschule

14.30 Uhr Workshop zum Thema:  
„Guter Unterricht und der Weg dorthin“  
Referentin Dr. Kerstin Tschekan vom Hamburg Landesinstitut

17.00 Uhr Offizielle Kongresseröffnung  
Referat Ulrich Vieluf vom Landesinstitut zum Thema:

„Die Leistungen der Gesamtschulen im Spiegel neuerer Untersuchungen“

Bunter Abend

#### **Sonnabend, 23.09.2006**

09.00 Uhr Rundgang durch die Ausstellung „Schule verändern“ des LV Schleswig-Holstein

10.30 Uhr Podiumsdiskussion zur bildungspolitischen Situation der Gesamtschulen.

13.00 Uhr Kongressabschluss

Wir hoffen auf eine rege Beteiligung.

*Jürgen Riekmann*

## Hessen

### Lernen ist wichtiger als Unterricht

#### **Gesamtschultag: Individuelles gemeinsames Lernen fördern**

Wie immer am ersten Samstag im März fand auch dieses Jahr der Gesamtschultag der GGG-Hessen statt. Die Tagungsschule gehört zu den kooperativen Gesamtschulen Hessens, die die Schulgesetzänderungen, vor allem die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs in der Mittelstufe auf 5 Jahre, zum Anlass nehmen, die Umwandlung in eine IGS zu betreiben. Diese Absicht zu stützen war das Ziel des Landesverbands, da das Kultusministerium mit allen Mitteln versucht, derartige Umwandlungen zu verhindern und dabei sogar die Zustimmung des (schwarzen) Schulträgers ignoriert.

Das Thema knüpfte an die letzten Tagungen der GGG-Hessen an und stellte die kompetenzorientierte Lernorganisation in den Mittelpunkt, wobei die extern moderierte „Open Space“-Methode vielfältige Freiräume für die Diskussion ganz unterschiedlicher Ideen und Fragen ermöglichte. Die Veranstaltung litt leider unter dem letzten Wintereinbruch – bei widrigsten Verkehrsverhältnissen fanden nur etwa 80 unerschrockene Gesamtschulfreunde den Weg in die in Messenähe gelegene Schule, die sich als eine äußerst freundliche und gut organisierte Gastgeberin zeigte.

#### **Restrukturierung der Landesvorstandsarbeit und Neuwahl des Landesvorstands**

Nachdem die Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Landesvorstands bereits zweimal verschoben worden war, wird nun die Neustrukturierung der Vorstandsarbeit den zentralen Tagesordnungspunkt einer Mitgliederversammlung am 12. Mai, 15.00 Uhr in der IGS Nordend in Frankfurt bilden. Grund für die Verschiebung war insbesondere die Schwierigkeit, für die teils sehr lange amtierenden Vorstandsmitglieder, die aus dem Vorstand ausscheiden wollen, Nachfolger zu finden.

Dies gab den Anstoß, die einzelnen Aufgabenbereiche des Vorstands in ihren zeit-

lichen und inhaltlichen Anforderungen zu analysieren, Kernbereiche der Vorstandsarbeit zu bündeln und den notwendigen Zeitaufwand zu reduzieren.

Es wird vorgeschlagen, einen Teil der bisher geleisteten Aktivitäten des Vorstands (z. B.: GGG-INFO, die 2. Jahrestagung, die monatlichen Vorstandssitzungen) zu streichen. Zugleich wurde beraten, wie die verbleibende Arbeit effektiver zu organisieren wäre.

- Zentrale Überlegung ist, einen geschäftsführenden Vorstand aus 1. und 2. Vorsitzendem/r zu bilden, der von vier weiteren Vorstandsmitgliedern mit klarer Aufgabenverantwortung unterstützt wird.
- Geschäftsstelle und Kasse möchten wir zusammenführen und als ehrenamtlich zu leistende Arbeit mit Aufwandsentschädigung honorieren.
- Weiter sollen dem Vorstand kooptierte Mitglieder für die verschiedenen Kooperationszusammenhänge wie z. B. Arbeitskreis der Schulen mit G/E-Differenzierung, AK der Schulleitungen reformorientierter IGS, Landeselternbeirat und Elternbund, und für die Internet-Präsenz angehören.
- Der „Gesamtvorstand“ trifft sich zweimal im Jahr zu einer gemeinsamen Tagung (Klausur zu Beginn der Sommerferien, Sitzung vor dem Gesamtschultag im März), um die Arbeit des Landesverbandes zu beraten.
- Dazwischen führen die Vorsitzenden die Geschäfte in direkter Kooperation mit den jeweils Aufgabenverantwortlichen.

Mit dieser veränderten Vorstandsstruktur wollen wir die Arbeit der GGG in Hessen für die nächsten Jahre dauerhaft sichern. Derzeit sich abzeichnende Entwicklungen auf Bundesebene korrespondieren mit diesen Überlegungen und ergänzen sie sinnvoll.

Dies ist auch der Grund diese hessischen Überlegungen hier in den Kontakten einer breiten Mitgliedschaft auch in den anderen Bundesländern zur Kenntnis zu bringen – im letzten Hauptausschuss hat sich einmal mehr gezeigt, dass sich alle Landesverbände mit derartigen Fragen be-

schäftigen und vor ähnlichen Problemen stehen – wie in anderen Vereinen auch.

*Gerd-Ulrich Franz*

## Mecklenburg-Vorpommern

Ein gutes Beispiel für die Begegnung von Gesamtschülerinnen und Gesamtschülern auf Landesebene sind Wettbewerbe, so die 5. Volleyball-Gesamtschulmeisterschaften und das 13. Sprachenfest.

Unter der Regie von Thomas Schwuchow (Sportlehrer an der IGS Grünthal Stralsund) traten im April 11 Mannschaften aus 9 Gesamtschulen im Kampf um den vom GGG-Landesvorstand gestifteten Pokal an. Der blieb zum vierten Mal in Stralsund, aber auch die Mannschaften aus Wismar, Stavenhagen und eine zweite aus Stralsund konnten sich über eine Siegesprämie freuen. Spaß gemacht hat der faire Wettkampf allen, auch den SchülerInnen aus Rostock, Schwerin und Neubrandenburg.

Beim 13. Sprachenfest, das im März in der Krusenstern-Gesamtschule Schmarl in Rostock ausgerichtet wurde, nahmen Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler aus Schwerin, Neubrandenburg und Rostock teil. Die Berthold-Brecht-Gesamtschüler aus Schwerin führen als Drittplatzierte nach Hause, die Gastgeber wurden Zweite, und die Borwin-Gesamtschüler aus Rostock erhielten den Pokal.

*Angelika Matthias*

## Niedersachsen

### SPD-Programm „Zukunft der Bildung“ fordert die „Gemeinsame Schule“

Im Februar des Jahres beschloss der SPD-Landesvorstand sein Programm „Zukunft der Bildung“, in dem eine umfassende Reform von der frühkindlichen Erziehung bis hin zur Hochschul- und Seniorenbildung vorgeschlagen wird. Kernstück und für den Gesamtschulverband wichtigstes

Element ist das Ziel der „Gemeinsamen Schule“ für alle Kinder von Klasse 5 bis 10. In dieser differenzierenden und integrierenden Schulform ohne Sitzenbleiben können am Ende der 10. Klasse alle Abschlüsse nach geltenden KMK-Regelungen erreicht werden. Die Gemeinsame Schule soll als Ganztagschule geführt werden. Eine (dringend nötige) Reform der Lehrerbildung soll Lehrkräfte zum Unterricht mit heterogenen Lerngruppen besser qualifizieren.

Auch bei genauer Lektüre der Langfassung des Programms können wir in dieser „neuen“ Schulform keinen Unterschied zu einem bewährten Erfolgsmodell entdecken: der Integrierten Gesamtschule. Tatsächlich beruft sich die SPD auch an mehreren Stellen explizit auf die positiven Erfahrungen in den niedersächsischen Gesamtschulen. Wir bedauern zwar, dass die Partei sich dennoch für eine andere Bezeichnung entschieden hat, begrüßen und unterstützen das Konzept aber voll und ganz – entscheidend ist, was „drin ist“!

Bedenken sind bei den geplanten Umsetzungsschritten anzumelden: Falls die SPD Gelegenheit bekommen sollte, ihr Programm ab 2008 umzusetzen, soll die Einführung der Gemeinsamen Schule schrittweise und nach Willen der Erziehungsberechtigten erfolgen. Kommunen sollen sie einrichten, wenn „genügend“ Eltern dies wünschen. Dabei wird in Kauf genommen, dass die „Gemeinsame Schule“ neben den Schulen des dreigliedrigen Systems besteht. Ohne diesen politischen Pragmatismus kann sicher keine Entwicklung im deutschen Schulwesen stattfinden. Leider nimmt die SPD dabei auch die Zusammenfassung von Haupt- und Realschulen zu „Gemeinsamen Schulen“ in Kauf. In diesem möglichen „Zwei-Säulen-Modell“ sehen wir die größte Gefahr für den Erfolg des Konzepts – alle Erfahrungen zeigen deutlich: Eine erfolgreiche Arbeit in der Gesamtschule kann nur gelingen, wenn man sie mit allen Schülerinnen und Schülern macht. Wer mehr wissen will, kann nachlesen bei [www.spdnds.de](http://www.spdnds.de)

*Susanne Pavlidis*

## Nordrhein-Westfalen

Auf Einladung der SPD-Fraktion zum Thema „Die beste Schule für NRW“ am 26.04.06 forderten Ranga Yogeshwar (WDR), Dr. Christof Eichert (Bertelsmann-Stiftung) und Prof. Dr. Gabriele Bellenberg (Ruhr-Universität Bochum) übereinstimmend eine gemeinsame Schule für alle Kinder als einzig vernünftige Lösung der bildungspolitischen Probleme in NRW (und in Deutschland?). Alle drei Referenten waren sich einig, dass die Zeiten der kleinen Änderungen vorbei seien und es nun gelte revolutionäre Ansätze umzusetzen.

Yogeshwar kritisierte in seinem Statement die derzeit vorherrschende Leistungsorientierung in einer Paukschule statt einer Lernorientierung in einer Schule, die auf Transparenz und Offenheit, aktive Zusammenarbeit mit Eltern und individuelle Förderung jedes Einzelnen ausgerichtet ist. Die Schule müsse endlich in der Gesellschaft „unsere Schule“ werden, und zwar als Ganztagschule, die in offenen Lehr- und Lernmethoden Anreiz und Motivation für ein lebenslanges Lernen bietet. Seine Forderung einer freien Wahl der (einen) Schule (für alle) mit dem Blick auf den Wettbewerb der Schulen untereinander ist sicher diskussionswürdig.

Dr. Eichert wies vorrangig auf das Problem der Schulversager hin. Welche Perspektive kann unsere Gesellschaft ihnen noch bieten? Die derzeitige Selektion zeige zwar Fortschritte in den PISA-Befunden für die gymnasialen Schüler und Schülerinnen, das Versagen von jährlich 80 Tausend SchülerInnen weise aber eine alarmierende Problematik auf, denn wir schicken diese in den Wartesaal der Armut. Seine mit Vehemenz vorgetragene These: Die selektive Zuordnung unserer Schüler und Schülerinnen kolportiert die Idee einer Wissensgesellschaft. Seine Forderung ist daher: Schule muss in gemeinsamer Verantwortung mit der Kommune die Verantwortung für ihre Schüler und Schülerinnen tragen. Träger einer solchen Schule müsse die selbständige und selbstverantwortliche Schule sein.

Prof. Dr. Bellenberg wünscht sich eine Schule mit Chancengleichheit für alle bei gleichzeitig hoher Bildungsanforderung und Verzicht auf jegliche Selektion. Ihr Ansatz basiert auf einer Lernkultur des Vertrauens in die Möglichkeiten der von ihr aufgenommenen Schüler und Schülerinnen und deren individuellen Förderungen. Darüber hinaus müsse Schule vorbereiten auf das Leben in einer pluralistischen Gesellschaft und daher über kognitive Ziele hinaus auch soziale Kompetenzen vermitteln. Im Gegensatz zu Yogeshwar brandmarkte sie ein Ranking der Schulen, da es Benachteiligungen für Schulen mit ethnischen Gruppen in sich birge. Die Schule der Zukunft ist für sie ein ganztägiger Lern- und Lebensort mit attraktiven Freizeitangeboten und LehrerInnen, die ihren Arbeitsraum in der Schule haben und so einen kollegialen Austausch realisieren können.

Die Statements wie die sich anschließende Diskussion machten deutlich, dass es zukünftig darum gehen muss, den demografischen Wandel zu gestalten und die existentielle Bedeutung von Bildung für den einzelnen Menschen zu sehen. Unabdingbar damit verbunden fordern die Referenten mehr Investition in Bildung mit der Folge, dass weniger Arbeitslose auf Grund eines fehlenden Schulabschlusses staatlicher Unterstützung bedürfen. Einig war man sich: Wo wir von guten Erfahrungen lernen können, die andere Länder bei der Erneuerung ihrer Lernkultur und Schulstruktur gemacht haben, müssen wir den Mut haben diese auch bei uns anzugehen.

*Heide Koehler*

## Rheinland-Pfalz

Bei der Landtagswahl am 25. März erreichte die SPD die absolute Mehrheit im Landtag. Sie kann damit alleine und ohne die Unterstützung der FDP regieren.

Interessant wird für die Befürworter von Gesamtschulen das Verhalten der neuen Landesregierung bezüglich der

Einrichtung neuer Gesamtschulen sein. In der Anmeldeunde für das kommende Schuljahr zeigte sich in Rheinland-Pfalz ein ähnliches Bild wie in den vergangenen Jahren: an den 19 Integrierten Gesamtschulen meldeten ein Drittel mehr Eltern ihre Kinder an als Schulplätze vorhanden sind. In den Schulen um Mainz und Ludwigshafen musste sogar die Hälfte der Anmeldungen abgelehnt werden. In der Konsequenz wird an verschiedenen Standorten die Errichtung weiterer Gesamtschulen diskutiert, so in der Landeshauptstadt Mainz, wo nach den letzten Anmeldungen noch mindestens zwei IGSen notwendig wären. Aber auch an Standorten mit Regionalen Schulen (Schulform mit den Abschlüssen der Haupt- und Realschule) werden Umwandlungen angestrebt, z.B. in Sprendlingen und Nieder-Olm (beides in der Region Mainz). Aber auch an Standorten mit langjährigen Initiativen bestehen die Diskussionen weiter, so z.B. in der Region Bad Dürkheim.

Darüber hinaus steht in manchen Regionen des Landes z.Zt. noch überhaupt kein entsprechendes Angebot zur Verfügung, wie beispielsweise in Trier, Landau, Speyer, Kusel, Idar-Oberstein.

Mit Interesse verfolgt der Landesverband die Modelle an den Gesamtschulen in Koblenz, Thaleischweiler-Fröschen und Hamm zur Reduzierung der äußeren Differenzierung.

*Franz-Josef Bronder*

## Saarland

### Anmeldungen 2006

Deutlich mehr Anmeldungen für das Gymnasium (dorthin gehen über 43% dieses Schülerjahrgangs), leichte Gewinne bei den Gesamtschulen und Verluste für die Erweiterte Realschule; damit setzt sich der Trend der letzten vier Jahre fort. Die 15 Gesamtschulen nehmen ca. 20% des knapp 10 000 SchülerInnen zählenden Jahrgangs auf. Sie sind fast alle bis auf den letzten Platz gefüllt, einige mussten SchülerInnen abweisen. Besonders dra-

matisch ist die Situation in Saarbrücken. Die GGG Saarland fordert seit Jahren eine weitere Gesamtschule im Innenstadtbereich. Sie wird darin von der SPD und der GEW (beide eher verhalten) und neuerlich von den GRÜNEN unterstützt. Auch der SPD geführte Stadtverband als Schulträger wäre zur Errichtung einer weiteren Gesamtschule bereit. Gegen die bornierte Haltung der CDU Landesregierung ist diese Forderung nicht durchsetzbar. Diesen gilt, wie schon bei der Schließung von Grundschulen, der Elternwille nichts.

#### Schulstrukturprobleme

Da einige der 50 „Erweiterte Realschulen“ in ihrer Existenz bedroht wären, würden nicht knapp 1 000 SchülerInnen im Laufe des 5. und 6. Schuljahres aus den Gymnasien dorthin wechseln, beginnt zögerlich doch eine Diskussion über diese Schulform. Zumindest in Saarbrücken scheint sie im Bewusstsein der Eltern an die Stelle der Hauptschule gesetzt worden zu sein. Das hat genau die Folgen, die wir seit vielen Jahren kennen und die nicht nur Berliner Hauptschulen zu Unorten des Lernens werden ließ. Die GGG Saarland plädiert klar für ihre Umwandlung in Gesamtschulen. Dies gilt zwingend auch für die Gymnasien.

#### Das „Schengen-Lyzeum“

Gemeinsam mit Luxemburg bereitet das Kultusministerium die Einrichtung einer

binationalen Schule an der Obermosel in Perl, nahe Schengen vor. Viele Probleme finanzieller, baulicher, konzeptioneller Art müssen noch gelöst werden. Aber es könnte die 16. Gesamtschule im Saarland werden. Der Landesvorstand der GGG geht davon aus, dass diese Schule zusammen mit den 15 bestehenden Gesamtschulen Gastgeberin für die TeilnehmerInnen am Bundeskongress 2007 im Saarland sein wird.

#### Gesamtschulkongress 2007

Der Vorstand der GGG Saarland hat mit den Vorbereitungen begonnen. Die Gesamtschule Sulzbachtal in Saarbrücken wird der Tagungsort sein, alle saarländischen Gesamtschulen werden diesen Kongress personell und inhaltlich tragen. – die Gesamtschulen und der Landesvorstand freuen sich, nach 21 Jahren wieder Gastgeber sein zu dürfen.

Die Frühjahrstagung der Gesamtschulleitungen nahm die von Minister Schreier neuerlich in Gang gesetzte Diskussion um Qualitätsentwicklung an saarländischen Schulen auf. Eingerichtet wurde ein Beirat unter Leitung von Prof. Köller, IQB Berlin, und einige Kommissionen, denen GesamtschulleiterInnen angehören. Nach einem Grundsatzreferat von Hans-Peter Kirsten-Schmidt, GGG Hessen, wurden klare Entwicklungs- und Reformwünsche gemeinsam formuliert und später im

kleineren Kreis weiter bearbeitet. Die Gesamtschulvertreter gehen jetzt mit eindeutigen und untereinander abgestimmten Positionen in ihre Kommissionen. – Über Umsetzungserfolge ist damit noch gar nichts gesagt.

*Klaus Winkel*

## Terminhinweise

Donnerstag, 21. bis Samstag, 23. September 2006

### Norddeutscher Gesamtschulkongress

in Hamburg, Rudolf-Roß-Gesamtschule, Neustädter Straße 60, 20355 Hamburg

Samstag, 18. November 2006

### GGG-Mitgliederversammlung

in Braunschweig, IGS BS-Querum Uhrzeit und Tagesordnung werden in Heft 3/2006 veröffentlicht.

Freitag, 21. – Sonntag, 23. September 2007

### 30. Gesamtschulkongress der GGG

in Saarbrücken

**Bitte vormerken!**

Besuchen Sie  
uns auch  
im Internet!



[www.gesamtschulverband.de](http://www.gesamtschulverband.de)

## Dr. Christa Lohmann wird 70

Die frühere Bundesvorsitzende der GGG, Christa Lohmann, wird am 9. August 2006 70 Jahre alt. Mehr als die Hälfte ihres Lebens hat sie ohne Unterbrechung neben dem Beruf in der und für die GGG gearbeitet, bis heute. Ob das wohl dazu beiträgt, dass sie so jugendlich, energisch, aktiv, ideenreich und nachdenklich, zielorientiert und erfolgreich geblieben ist?

Christa trug die Entwicklung der Gesamtschule und der GGG in Schleswig-Holstein und im Bund von Anfang an weitgehend mit. In ihrem Hauptberuf war sie über viele Jahre Stufenleiterin an der ersten Gesamtschule Kiel-Friedrichsort. Danach ging sie ins Ministerium. Dort wurde auf ihre Initiative hin im Rahmen des Instituts für Praxis und Theorie der Schule (IPTS) die Fortbildung der Lehrer und Lehrerinnen an Gesamtschulen entwickelt und organisiert. Schleswig-Holstein erlebte in dieser Zeit eine starke Expansion im Gesamtschulbereich, so dass eine qualifizierte Vorbereitung und Begleitung der Lehrer und Lehrerinnen an Gesamtschulen nötig wurde – und erfolgreich stattfand.

In Schleswig-Holstein war Christa viele Jahre Landesvorsitzende der GGG. Mit ihrem Namen sind wichtige Kongres-

se verbunden, die Durchführung von Elternseminaren und eine dauerhafte, qualifizierte Elternarbeit. Die Bildungspolitik war für Christa immer ein wichtiger Schwerpunkt der GGG-Arbeit. Sie trug wesentlich zur Entstehung der bildungspolitischen Gesprächsrunden bei, die in Schleswig-Holstein seit vielen Jahren fest institutionalisiert sind. Auch ohne Wahlamt unterstützt Christa weiterhin den Landesvorstand, entwickelt und trägt Projekte aktiv mit. Das zuletzt geschaffte große Projekt war die eindrucksvolle Gesamtschulausstellung, die sie anregte, der sie mit ihrer umfassenden Kenntnis, ihrem Engagement und Erfolgswillen über manche Schwierigkeit hinweghalf und die nach Fertigstellung alle Besucher und Besucherinnen beeindruckt. Im September 2006 wird sie im Rahmen des Norddeutschen Kongresses in Hamburg zu sehen sein.

Von 1982 bis 1988 war Christa Bundesvorsitzende der GGG. Es war die Zeit der beginnenden Gesamtschulexpansion. 1982 wurde der Schulversuch Gesamtschule beendet und die Gesamtschule bundesweit anerkannt, allerdings nur mit zwingender äußerer Fachleistungsdifferenzierung. Dass es gelang, die damalige Enttäuschung über die verpflichtende

Dr. Christa  
Lohmann



Differenzierung unter Gesamtschulbefürwortern aufzufangen und den Aspekt der bundesweiten Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse wertzuschätzen, ist wesentlich auch Christas strategischen Qualitäten zuzuschreiben. Hieß das Kongressmotto 1983 noch: „Wir bleiben dabei: Gesamtschule“, wurden diese zunehmend offensiv und selbstbewusst, z.B. „Eine Schule für alle Kinder – Gesamtschule“ (1985), „Gesamtschule im Aufwind“ (1986) und „Wenn schon Schule – Gesamtschule“ (1988).

Seit einigen Jahren arbeitet Christa in der GGG auch wieder aktiv auf Bundesebene mit. Die Gesamtschulkongresse seit Lübeck 2001 hat sie konzeptionell mit entwickelt und gestaltet. Dass sie so professionell geworden sind und deren Konzepte kreativ weiter entwickelt werden, ist wesentlich auch ihr Verdienst. Ihr zweiter und sehr wichtiger Arbeitsbereich ist der Redaktionsbeirat der Kontakte seit dessen Gründung in Lübeck in 2001.

Liebe Christa, für all deine Leistungen für die Gesamtschule und die GGG dankt dir die GGG auf das Herzlichste. Du hast die GGG ganz wesentlich und positiv geprägt. Die GGG sendet dir zum bevorstehenden Geburtstag alles Liebe und alle guten Wünsche. Wir hoffen sehr, noch einige Jahre mit dir zusammenarbeiten zu können und – wer weiß – vielleicht auch mal einen größeren schulpolitischen Fortschritt in diesem Land feiern zu können!

Ingrid Wenzler

## Wir trauern um Günter Kreiner

(iw) Der langjährige Geschäftsführer im GGG-Bundesvorstand, Günter Kreiner, ist am 1. Mai 2006 nach schwerer Krankheit im Alter von 78 Jahren gestorben. Zur GGG kam er als Vater zweier Söhne und einer Tochter, die die IGS Aurich-West besuchten. 1982 wurde er als Bundesgeschäftsführer in den Bundesvorstand gewählt. Diese Funktion bekleidete er 10 Jahre lang bis 1992. Auf ihn geht die Adresse der GGG zurück: Er begründete die Bundesgeschäftsstelle in Aurich. Günter war ein ungewöhnlich lebenslustiger Mensch, der gern lachte, tanzte, und in seiner Funktion eine manchmal sehr strikte Kostendisziplin praktizierte.

Wir trauern um einen guten Freund, überzeugten Mitstreiter und ein langjährig verdientes Mitglied des Bundesvorstandes.



Gemeinnützige  
Gesellschaft  
Gesamtschule

Gesamtschulverband

Kommentar



## „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern ....“

von Ursula Helmke

Sympathisches findet man beim Nachschlagen in der Schweizer Geschichte über den Rütli-Schwur: Der Gründungsmythos der „Eidgenossenschaft“ bezweckte die Überwindung einer als ungerecht empfundenen Rechtsordnung durch den frei geschlossenen und beschworenen Gesellschaftsvertrag, der ausdrücklich die „Vielfalt in der Einheit“ der drei unterschiedlichen Völker, drei Generationen und drei Stände (Bauern, Bürger und Handwerker) umfassen sollte.

Die spektakuläre Aktion des Kollegiums der jetzigen Hauptschule rief und ruft weiterhin Kommentatoren aller Richtungen auf den Plan. Die äußeren Erscheinungsformen von Sachbeschädigung, Respektlosigkeit und Gewalt haben ja in der Tat viele Hintergründe, die aber nicht oberflächlich zur Rason gebracht werden dürfen, so dass gravierende Probleme unter den Teppich gekehrt werden. Die Lehrerinnen und Lehrer der Rütli-Schule konstatieren das Scheitern der Hauptschule, die alle Chancenlosen versammle, denen niemand mehr eine erträgliche Perspektive vermitteln könne; die im häuslichen Umfeld lernten, dass es gleich aussichtslos ist, mit oder ohne geringwertigen Schulabschluss eine sinnvolle Beschäftigung zu suchen. Sie plädieren für die Auflösung der Hauptschule „zugunsten einer neuen Schulform mit gänzlich neuer Zusammensetzung“. Gibt es einen deutlicheren Appell für die Aufnahme der verdrängten Schulstrukturdebatte?

Natürlich kann die Lösung aller Probleme nicht mit einer schlichten Strukturänderung gelingen, nie haben wir Gesamtschulvertreter/innen solches behauptet. Jedoch ist

unverkennbar, wie eine vielfach immanent kränkende Struktur unseres Schulsystems das Menschenbild der Lehrkräfte belastet und die Entwicklungspotenziale heranwachsender Menschen verkümmern lässt, die ohne eigene Schuld oft schon aus dem Erzähl- und Lernklima einer (im wesentlichen) deutschsprachigen Grundschulklasse herausfallen; die allzu früh separaten „Förderklassen“ und/oder der diskriminierend untersten Kategorie eines hierarchischen Schulsystems zugewiesen werden, wo sie nur auf ähnlich benachteiligte Kinder deutscher Herkunft treffen; deren Herkunftsfamilien nicht den kulturellen und zivilisatorischen Erwartungen der deutschen bürgerlichen Familie entsprechen. Wenn die derart früh Benachteiligten schließlich in eine Lernumgebung einmünden, die wissenschaftlich erwiesen wesentlich weniger förderlich gestaltet ist und wirkt als „anspruchsvollere“ Bildungsgänge, wird diesen Heranwachsenden weiterhin Gewalt angetan, die mit ihren Menschenrechten kollidiert – Herr Muñoz betonte es. Welche Möglichkeiten haben sie, gegen dieses Unrecht zu rebellieren, wenn sie stark genug sind, es nicht einfach hinzunehmen?

Lösungen, die von verantwortlichen Stellen angeboten werden, reichen (positiv) von der frühkindlichen Sprach- und Bildungsförderung über (negativ) Einwanderungshürden bis zu Abschiebungs- und Internierungsdrohungen. Verwunderlich für eine „Bildungselite“ ist die Uneinsichtigkeit, mit der weiterhin Selektion und Stigmatisierung als Mittel gezielter Förderung propagiert werden, während die PISA-Ergebnisse und die Hirnforschung unmissverständlich das Gegenteil erweisen

Allerdings muss eine Systemänderung vom „finnischen Denken“ begleitet sein: „Kein Kind beschämen, keins zurücklassen“. Der Hilferuf der Rütli-Schule ist ein starker Appell, vielleicht jetzt ein wirksames Zeichen zu setzen. Die Schülerinnen und Schüler, Kolleginnen und Kollegen samt der Elternschaft brauchen schnelle Unterstützung: Sie haben um mehr Lehrpersonen, Sozialpädagogen, Fachkräfte zur Krisenintervention und eine Cafeteria gebeten. Der Senat hat Polizisten zur Präsenz abgeordnet. – Womöglich kann die Situation damit vorübergehend beruhigt oder „in den Griff“ bekommen werden, wie man so sagt. Ob dies alles aber den Schülern nützt? Sie rebellieren doch – mit beklagenswerten Mitteln, gewiss – gegen ihre Perspektivlosigkeit, ihre Abseitsstellung in dieser Gesellschaft, die empfundene Wertlosigkeit und mangelnde Anerkennung.

Ich meine, die Rütli-Schule sollte in die Rehabilitation geschickt werden. Starke Berliner Schulen, von denen es viele mit wunderbaren Projekten gibt, könnten Partnerschaften und Gastplätze für Schüler- und Lehrergruppen anbieten, sie auf Zeit bei sich aufnehmen und sie am innovativen pädagogischen Geist partizipieren lassen, der bei ihnen eingezogen ist. Die Gastgruppen müssten ihr Personal und weitere Ressourcen mitbringen, was z.B. kleinere Lerngruppen ermöglichen kann. Es könnten Lernverträge abgeschlossen werden, die Ziele für Gäste und Gastgeber benennen und ein fruchtbares Lernfeld für alle Beteiligten bilden. Das wichtigste Lernziel wäre auf diesem Weg erreichbar: Die Schülerinnen und Schüler bekämen eine reale neue Startchance, würden als individuelle Heranwachsende, die noch unerschlossene Potenziale besitzen, ernst genommen. Die Lehrerinnen und Lehrer bekämen den Kopf wieder frei für neue Wege, vielleicht für eine „neue Schulform mit gänzlich neuer Zusammensetzung“.